

SACHSEN **VORWÄRTS**

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES SACHSEN
MÄRZ / APRIL 2018



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

endlich wieder SachsenVorwärts! Die letzte Ausgabe ist aufgrund des Versandes des Koalitionsvertrages über den Vorwärts ausgefallen. Wir melden uns also jetzt mit der ersten Ausgabe des SachsenVorwärts in 2018 bei euch zurück.

Der Jahresbeginn war politisch gesehen sehr ereignisreich. Wir haben in den ersten Wochen des Jahres viele intensive Debatten über den Koalitionsvertrag geführt und uns darüber ausgetauscht, ob die SPD erneut in eine Große Koalition eintreten soll. Die Debatten, die wir innerhalb der sächsischen Partei geführt haben, waren ein Lehrstück für die Demokratie und innerparteiliche Willensbildung.

Auch unsere Neumitglieder, die unseren Landesverband seit den 1990ern erstmals wieder auf über 5.000 Mitglieder haben anwachsen lassen, haben sich aktiv eingebracht. Wir freuen uns über so viele neue, ganz unterschiedliche Leute, wir wollen euch mitnehmen und unsere Partei so organisieren, dass ihr einen Platz bei uns findet und euch einbringen könnt.

In der neuen Bundesregierung geht es für uns nun darum, das Gute im Koalitionsvertrag zügig anzugehen und eine gute Politik für die Menschen zu machen. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Erneuerung unserer Partei angehen. Das wird ein hartes Stück Arbeit.

Auch in Sachsen geht es voran. Mit dem Lehrermaßnahmenpaket haben wir viel für die Bildung im Freistaat getan. In der SPD Sachsen haben derweil die Vorbereitungen für das anstehende Wahljahr begonnen – dabei steht vor allem die inhaltliche Arbeit für uns im Fokus. Mit dem Abschlussbericht der Expertenkommission Innere Sicherheit haben wir wichtige inhaltliche Grundlagen gelegt und auch den Sachsenplan „Heimat 4.0“ werden wir in den nächsten Monaten konsequent weiterschreiben. Mit unserem Vorsitzenden Martin Dulig als neuen Ostbeauftragten wird die sächsische SPD auch über Sachsens Grenzen hinaus weiter an Profil gewinnen.

Eure Daniela Kolbe

„ES WAR UNS WICHTIG, GRUNDSÄTZLICH UMZUSTEUERN.“

Am 14. März 2018 gab der sächsische Kultusminister Christian Piwarz zum Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen“ eine Fachregierungserklärung ab. Vorausgegangen waren dem Kabinettsbeschluss achtwöchige Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern, die auf Seiten der SPD-Fraktion von Dirk Panter und Sabine Friedel geführt wurden.



SABINE FRIEDEL
Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Eine umfassende Dokumentation der Ergebnisse findet sich hier:

WWW.SPD-FRAKTION-SACHSEN.DE/THEMA-SCHULE

Frau Friedel, endlich gibt es eine Einigung in der Koalition. Sind Sie zufrieden?

Insgesamt auf jeden Fall, aber nicht rundum. Drei Tage nach der Einigung hatte ich mit rund 60 Lehrkräften gleich die erste Diskussion zum Handlungsprogramm. Und natürlich war neben den vielen anderen Dingen die Verbeamtung ein Thema. Eine Kollegin, so Mitte 40, stand auf und sagte: „Ich bin jetzt in der 13, Stufe 5. Und ja, Frau Friedel, Sie haben Recht, die neu eingestellten Beamten werden nicht mehr Geld haben als wir. Aber in zehn Jahren, da bin ich in der Stufe 6 und mein verbeamteter Kollege auch. Und dann gehe ich netto mit knapp 3.000 Euro nach Hause und mein Beamtenkollege mit 3.400 Euro. Können Sie mir das erklären? Können Sie mir erklären, warum seine Arbeit dann 400 Euro mehr wert ist als meine?“

Und? Konnten Sie das erklären?

Nein, das konnte ich nicht. Das ist nicht zu erklären. Das ist und bleibt ungerecht. Was ich erklären kann, ist, dass genau das einer der Gründe ist, warum die SPD so gegen die Verbeamtung gekämpft hat. Diesen Kampf haben wir nicht gewonnen. Und was ich erklären kann, ist, dass wir genau deshalb gesagt haben: Wir brauchen mehr, viel mehr in diesem Programm. Wenn die Verbeamtung kommt, dann wird eine neue Ungerechtigkeit entstehen. Und dann müssen wir wenigstens die alten Ungerechtigkeiten beseitigen. Deshalb haben wir gekämpft für die Anerkennung der DDR-Lehrkräfte, für die gleiche Bezahlung der Grundschullehrer, für die Höhergruppierung an den Berufsschulen und in der Lehrerbildung. Diesen Kampf haben wir gewonnen.

Der Frust über die alten Ungerechtigkeiten sitzt bei vielen tief...

... und das ist total nachvollziehbar! Deshalb darf in all diesen Punkten jetzt nicht kleinlich agiert werden. Es ist in Mode gekommen, immer wieder zu

betonen, dass man Politik für die Menschen im Land macht. In diesen Punkten werden wir es beweisen können und müssen: Dass es um den einzelnen Menschen und seine faire Behandlung geht. In den vergangenen Jahren hatte man oft das Gefühl, dass solche Dinge wie das Tarifrecht, die Sächsische Haushaltsordnung und auch die Lehrerqualifizierungsverordnung die Adressaten unserer Politik wären. Nein, das sind sie nicht. Die Adressaten von politischen Entscheidungen und von Verwaltungsentscheidungen sind Menschen, nicht Verordnungen! Die sind nur Instrumente, Hilfsmittel, um Politik für die Menschen zu machen. Um beim Beispiel DDR-Lehrkräfte zu bleiben - wir haben gesagt: Anerkennung durch Handauflegen. Diese Kolleginnen und Kollegen unterrichten seit 28 Jahren unterschiedslos zu den nach der Wende ausgebildeten Lehrkräften und haben deshalb die volle Anerkennung verdient. Und das heißt: Die Lehrerqualifizierungsverordnung muss sich diesen Lehrkräften anpassen - nicht die Lehrkräfte der Verordnung.

Haben die Verhandlungen wegen solcher Themen so lange gedauert?

Ja, unter anderem. Wir wollten keinen Schnellschuss, keine Scheinlösung. Der Ministerpräsident Michael Kretschmer hat mal in einem Interview den wichtigen Satz gesagt: „Wir treffen Zukunftsentscheidungen für unseren Freistaat.“ Und da hat er Recht. Natürlich reden wir über die Unterrichtsversorgung in diesem Schuljahr. Und im nächsten. Aber eben auch über unser Schulsystem in fünf Jahren, in acht Jahren, in zehn. Wir sind ja heute überhaupt nur in dieser schlimmen Situation, weil vor acht Jahren eben die falschen Zukunftsentscheidungen getroffen worden sind: Weil das Lehramtsstudium zusammengekürzt wurde, weil in Rente gehende Lehrkräfte nicht ersetzt wurden, weil das Referendariat verkürzt und wieder

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung Interview Seite 1

verlängert wurde und deshalb in diesem Jahr die Referendare völlig fehlten und weil all dem eine Lehrerbedarfsplanung zugrunde lag, die den Mangel der letzten Jahre für die nächsten Jahrzehnte fortschrieb. Es war uns wichtig, hier grundsätzlich umzusteuern. Es war uns wichtig, Schluss zu machen mit der Mangelplanung, Schluss zu machen mit den kurzfristigen Entscheidungen, Schluss zu machen mit den Übergangslösungen. Wir haben mit dem Handlungsprogramm endlich auch langfristig umgesteuert: Die neue Lehrerbedarfsplanung wird mit 100 Prozent Ergänzungsbereich berechnet. Die Lehramtsausbildung in Chemnitz, Leipzig und Dresden wird dauerhaft und unbefristet stattfinden. Wir werden zwei neue Ausbildungsstätten im ländlichen Raum einrichten. Und es wird einen unmittelbaren Übergang von der Uni ins Referendariat geben. All das sind Maßnahmen, die dafür sorgen, dass wir nie wieder in eine solche Situation kommen, in der wir heute sind. Dass wir nicht wieder alle da stehen und die Fehlentscheidungen anderer Menschen aus vergangenen Jahren bedauern müssen, deren Reparatur so schmerzhaft lange braucht. Die Beseitigung alter Ungerechtigkeiten, die Soforthilfe für die Schulen und das langfristig orientierte Umsteuern – all das nehme ich, als wichtige Erfolge im Programm mit. ■

WIR BLEIBEN IM GESPRÄCH!**KÜCHENTISCH-TERMINE 2018****BAUTZEN**

Donnerstag, 3. Mai, 19 Uhr
Ort: Museum Bautzen,
Kornmarkt 1

MARKKLEEBERG

Dienstag, 29. Mai, 19 Uhr
Ort: Großer Lindensaal im
Rathaus, Rathausplatz 1

Ein bis auf den letzten Platz besetzter Saal, ein Spitzenpolitiker – und ein zerkratztter Tisch. In Niesky, Hainichen, Hohenstein-Ernstthal und Radeberg bot sich den Besuchern in diesem Jahr bereits dieses Bild. Martin Duligs Küchentischtour zog 2018 Jahr bereits über 400 interessierte Bürgerinnen und Bürger an. Der erfolgreiche Jahresauftakt bestärkt das Konzept: Es schafft lebendige Diskussionen, die wir dringend brauchen, denn die Sachsen haben wenig Kontakt zu ihren Politikern. Das geht aus einer Umfrage der SZ hervor: 46 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Gesprächsangebote und Bürgerdialoge.

Die SPD Sachsen geht mit bestem Beispiel voran. Seit Beginn der Dialogtour haben auf 36 Veranstaltungen in 32 Städten bereits über 2.500 Bürgerinnen und Bürger den Weg an den Küchentisch

gefunden und mit Martin Dulig und seinen Gästen ihre Anliegen diskutiert. Kleine wie große Sorgen, regionale wie globale Fragen kamen auf den Tisch. Die Veranstaltungsreihe motiviert inzwischen auch Ministerpräsident Michael Kretschmer, den Kontakt zu Bürgern zu suchen.

Für Martin Dulig ist der Küchentisch ein Frühmeldesystem, das Spannungen in der Bevölkerung offenbart und politischen Handlungsbedarf anzeigt. Darüber hinaus gibt es Bürgern die Möglichkeit, auf Augenhöhe einem politischen Vertreter zu begegnen.

Auch in den kommenden Monaten ist Martin Dulig unterwegs. Am 3. Mai macht die Tour Halt in Bautzen. Markkleeberg und Löbau folgen als nächste Stationen. Am Küchentisch finden bekanntlich die besten Gespräche statt. Es ist Zeit, zu reden. ■

FREIHEIT UND SICHERHEIT GEHEN HAND IN HAND

Ein Jahr wurde getagt, Akten gewälzt und in verschiedenen Arbeitsgruppen intensiv diskutiert. Ende Januar legte die Expertenkommission „Innere Sicherheit“ in der SPD Sachsen ihren Abschlussbericht vor.

Nach einem Jahr intensiver Arbeit hat die durch Martin Dulig, Vorsitzender der SPD Sachsen, ins Leben gerufene „Expertenkommission Innere Sicherheit“ konkrete Ergebnisse vorgelegt. Der Sprecher der Kommission und langjähriger Innen- und Justizsenator von Berlin, Ehrhart Körting, hatte von Anfang an betont: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Experten aus Wissenschaft und Praxis prüften gemeinsam mit den SPD-Landtagsabgeordneten Albrecht Pallas und Harald Baumann-Hasske, wie es um die Innere Sicherheit in Sachsen steht.

Die gute Nachricht ist: Die Sicherheitspolitik in Sachsen funktioniert. Besonders im ländlichen Raum ist es der Polizei jedoch nicht möglich, flächendeckende Präsenz zu zeigen. Doch gerade Verkehrskontrollen, Präventionsarbeit sowie besetzte Polizeireviere steigern in der Bevölkerung das Sicherheitsgefühl. Die personelle Aufstockung um 1000 Stellen ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird auf Dauer aber nicht genügen. Die Kommission empfiehlt, Aus- und Weiterbildung der Polizei umfassend zu

Eine umfassende Dokumentation der Ergebnisse findet sich hier:

**WWW.SPD-SACHSEN.DE/
EXPERTENKOMMISSION**

Abschlussfoto der Expertenkommission Innere Sicherheit

modernisieren und zu einem integrierten Konzept lebenslangen Lernens zu verbinden. Dabei sollen auch pensionsnahe Jahrgänge das Recht auf und die Pflicht zur Fortbildung haben.

Die Experten diskutierten auch die sächsische Justiz. Im Vordergrund standen die gezielte Einarbeitung junger Richterinnen und Richter, Alternativen zum geschlossenen Vollzug und umfassende Maßnahmen zur Resozialisierung Straffälliger, um die Rückfallquote nachhaltig zu senken. An einer sächsischen Verfassungsschutzbehörde hält die Kommission fest. Die Kooperation mit dem Bundesamt sowie die Öffentlichkeitsar-

beit der Behörde könne jedoch verbessert werden. Zu dem könne das Amt zur besseren Kontrolle als Abteilung des Innenministeriums abgestuft werden.

Die Ergebnisse sind richtungweisend für die zukünftige Regierungsarbeit der Koalition. Die sächsische Sicherheitspolitik muss auf neue Herausforderungen wie Migration und Großversammlungen reagieren. Fest steht: Sicherheit darf nicht zu einem Luxusgut werden, welches sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung kaufen kann. Für Sicherheit zu sorgen, ist Aufgabe des Staates. Nur, wenn dieser sichtbar, erreichbar und verlässlich ist, entsteht Vertrauen. ■



FÜR EINE NEUE SOZIALPOLITIK

von Daniela Kolbe, Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der SPD Sachsen

Wir stehen heute an einer Schwelle zu einer neuen Zeit: Der digitale, globalisierte Kapitalismus wird unsere Art zu arbeiten und unsere Gesellschaft massiv verändern. Das spüren wir schon jetzt. An vielen Stellen geht es nicht gerecht zu. Die Leute beklagen zu Recht, dass sie jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung oder die Rentenversicherung eingezahlt haben, dann aber trotzdem schnell ins Arbeitslosengeld II oder die Grundsicherung rutschen, und so behandelt werden, als hätten sie nie etwas beigetragen. Das stellt die Solidarität in unserem Land in Frage. Wir brauchen neuen Mut zur Veränderung. Dazu gehört für die SPD auch, sich kritisch mit dem auseinander zu setzen, was wir vor 15 Jahren in die Wege geleitet haben.

Wir brauchen jetzt ein neues Nachdenken über die Sozialpolitik und einen teilweisen Bruch mit den Prinzipien von Hartz IV. Statt Entsicherung und „jeder sorgt für sich selbst“ muss es wieder heißen: gemeinsam für bessere soziale Sicherheit.

Die Agenda 2010 stammt aus einer anderen Zeit. Vor 15 Jahren hatten wir in

Deutschland fünf Millionen Arbeitslose, europaweit grassierte der Neoliberalismus und der Druck auf die Sozialsysteme war enorm. Heute ist Deutschland der Vollbeschäftigung nahe, nicht nur im Osten droht sogar ein massiver Fachkräftemangel. Wirtschaftlich geht es dem Land so gut wie nie, auch - und das gehört zur Wahrheit eben auch dazu - dank der rot-grünen Regierung, die den Reformstau der Kohl-Administration angegangen ist.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren immer wieder Reformvorschläge für gerechte Arbeitsmarkt- und Sozialreformen entwickelt. Manche haben wir durchgekämpft, wie den Mindestlohn. Andere wurden von der CDU verwässert oder abgelehnt. Dennoch gefährdet heute der Gerechtigkeitsstau unter Merkel den sozialen Frieden in unserem Land. Deshalb müssen wir unsere Ansätze zu einer großen Idee vom Sozialstaat formulieren: Das soziale Sicherungssystem muss zu den Herausforderungen unserer Zeit passen. Arbeiter und Angestellte müssen darauf vertrauen können, dass sie weiterhin gegen die großen Lebensrisiken abgesichert sind. Für Arbeitnehmer, die lange in die Sozialversicherungssysteme eingezahlt haben, gilt dies besonders. Wir müssen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit neu justieren.

Im letzten Jahr haben wir in der SPD intensiv über die Einführung eines Chancenkontos debattiert. Ich finde die Idee, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland mit 18 Jahren einen Lebenschancenkonten bekommt, den sie oder er bis zur Rente zur Finanzierung von Weiterbildung, Existenzgründung und Auszeiten ausgeben kann, genial. Damit hätte jeder Bürger und jede Bürgerin, unabhängig von der sozialen Herkunft, in verschiedenen Lebensphasen die Chance und den Anreiz, sich in der digitalen Arbeitsgesellschaft weiterzuentwickeln.

Auch der Vorschlag von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller, ein solidarisches Grundeinkommen für diejenigen einzuführen,

die sich ehrenamtlich um Senioren kümmern, bei Alleinerziehenden babysitten, Parks pflegen oder Flüchtlingen helfen, halte ich für einen sehr wichtigen Ansatz, den wir weiter diskutieren sollten. Wir müssen Wege finden, wie wir diejenigen unterstützen, die trotz aller Bemühungen im neuen hochspezialisierten Arbeitsmarkt keinen Fuß auf den Boden kriegen. Denn hinter der Debatte um das Grundeinkommen verbirgt sich die Sehnsucht nach einem Staat, der den Menschen auf Augenhöhe begegnet, der unterstützt und nicht klein macht. Ein Anspruch, den unser derzeitiges komplexes System zu oft verfehlt. Ein solidarisches Grundeinkommen wäre ein spannender Ansatz.

Die SPD hat sich vorgenommen, sich inhaltlich und organisatorisch zu erneuern. Dazu gehört für mich essentiell die Frage nach einer neuen Idee einer zeitgemäßen Sozialpolitik. Denn eine neue Sozialpolitik gibt es nur mit der SPD.

Die SPD hat in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, dass sie ein Ort lebendiger und spannender Debatten ist. Das kann und muss sie auch an diesem inhaltlichen Punkt unter Beweis stellen. ■

EINBERUFUNGEN

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG SPD SACHSEN

Samstag, 27. Oktober bis Sonntag 28. Oktober 2018

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl der Tagungsleitung
 - b. Beschluss der Tagesordnung
 - c. Beschluss der Geschäftsordnung
 - d. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Rede des Landesvorsitzenden
4. Berichte
 - a. des Schatzmeisters
 - b. der Landeskontrollkommission
 - c. der Landtagsfraktion
 - d. der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Aussprache und Entlastung des Vorstandes
6. Wahlen
 - a. der / des Landesvorsitzenden
 - b. der zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c. der Generalsekretärin / des Generalsekretärs
 - d. der Landesschatzmeisterin / des Landesschatzmeisters
 - e. der siebzehn Beisitzerinnen und Beisitzer
 - f. der drei Delegierten zum Parteikonvent
 - g. der fünf Mitglieder der Landeskontrollkommission
 - h. der / des Vorsitzenden der Landesschiedskommission
 - i. der zwei stellvertretenden Vorsitzenden der Landesschiedskommission
 - j. der vier weiteren Mitglieder der Landesschiedskommission
7. Satzungsänderungsanträge
8. Antragsberatung
9. Schlusswort

Antragsschluss ist der 31. August 2018. Die Antragskommission tagt am 20. September.

LANDESWAHLKONFERENZ EUROPAWAHL 2019

Samstag, 27. Oktober 2018

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl der Tagungsleiterin / des Tagungsleiters
 - b. Wahl der Schriftführerin / des Schriftführers
 - c. Wahl von weiteren Mitgliedern der Tagungsleitung
 - d. Beschlussfassung über die Tagesordnung
 - e. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - f. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Vorstellung der Bewerberinnen, Bewerber, Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber, sowie der KandidatInnen als Delegierte für die Bundeswahlkonferenz
4. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Wahl der 3 Delegierten
6. Nominierung der Bewerberinnen und Bewerber für die Europawahl, einschließlich der Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber
7. Schlusswort

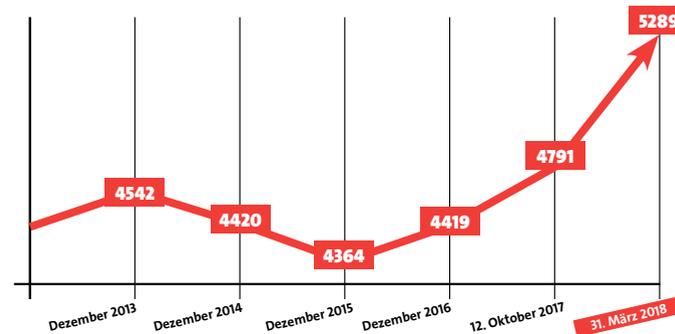
ASF SACHSEN MIT NEUER VORSITZENDEN



Auf der Landeskonferenz am 17. März hat die ASF Sachsen einen neuen Vorstand gewählt. Als Vorsitzende wurde Laura Stellbrink (27) aus Chemnitz gewählt, Stellvertreterinnen sind Julia Bombien (36, Chemnitz) und Katharina Kleinschmidt (56, Leipzig). Komplettiert wird der Landesvorstand durch die Beisitzerinnen Marie-Luise Apostel, Gabriele Fischer, Maria Fischer, Susanne Füssel, Julia Hartl, Karin Mohr, Iris Raether-Lordieck und Katja Schittko.

Zwei wichtige Anträge brachte die Versammlung auf den Weg. Der Freistaat wird dazu aufgefordert, Schutzeinrichtungen für Frauen und Kinder in allen Landkreisen vorzuhalten. Darüber hinaus spricht sich die ASF Sachsen für die Einführung des Reißverschlussverfahrens bei Listenaufstellungen der SPD Sachsen für Kommunal- und Landtagswahlen aus.

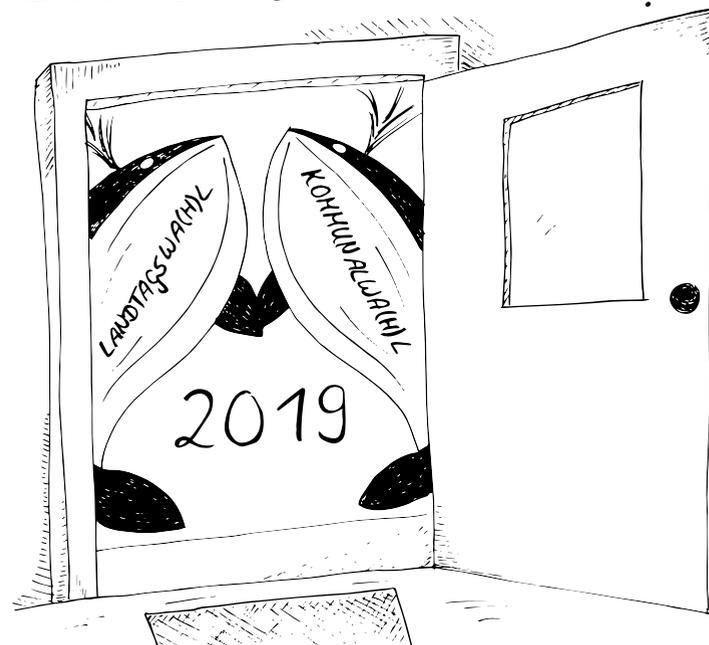
MITGLIEDERZUWACHS IM LANDESVORSTAND SACHSEN – NEUMITGLIEDERTAG AM 5. MAI IN LEIPZIG



Wir wachsen! Bereits im vergangenen Jahr gab es eine Eintrittswelle: 718 Menschen wurden 2017 Mitglied der SPD Sachsen. Zu Beginn des Jahres nahmen sich dann nochmals hunderte Bürgerinnen und Bürger ein Herz. Die Ortsvereine und Geschäftsstellen arbeiteten auf Hochtouren, um alle Neumitglieder einzupflegen, die Parteibücher stapelten sich auf den Schreibtischen. 842 Neueintritte verzeichneten wir bis zum 6. Februar 2018. Jetzt sind wir knapp 5300 Mitglieder.

Toll, wie viele Menschen sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen! Am 5. Mai wollen wir uns kennenlernen. Zu unserem Neumitgliederevent in Leipzig laden wir alle herzlich ein, die sich in den letzten beiden Jahren für die SPD Sachsen entschieden haben. Wir freuen uns auf frischen Wind und lebendige Debatten, denn darin liegt unsere Stärke.

DIE WAHLEN STEHEN VOR DER TÜR!



Klopf-Klopf, die Wahlen stehen vor der Tür! 2019 kommt mit großen Schritten! Egal ob Kommunal-, Landtags- oder Europawahl, auf unseren Listen ist reichlich Platz für euer sozialdemokratisches Herz! Gehen wir es gemeinsam an!

ABSCHIED VON GRETA WEHNER



Der Tod Greta Wehners am 23. Dezember 2017 hat in den vergangenen Monaten unzählige Menschen tief bewegt. Die Anteilnahme in den Medien war groß. Der Trauerfeier am 2. Februar in der Schloßkirche in Dresden-Lockwitz wohnten namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft bei. Zahlreiche Freunde aus nah und fern kamen, um der Gründerin der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung in Dankbarkeit zu gedenken. Das zeigt, welch weite Kreise ihr Leben und Wirken über Landesgrenzen hinweg gezogen hat. Die von Greta ins Leben gerufene Stiftung wird ihr Andenken bewahren und ihre Ideen von Sozialdemokratie weitertragen. Wir werden Greta vermissen.

EINBERUFUNG

VOLLVERSAMMLUNG ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG (SPDQUEER)

Samstag, 9. Juni 2018, DenkBar, Zentralstraße 1, Leipzig

Vorschlag der Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Wahl der Sitzungsleitung
4. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Bericht des alten Vorstandes
6. Aussprache
7. Wahl der/s Vorsitzenden
8. Wahl der/s zwei stellv. Vorsitzenden
9. Wahl der zwei BeisitzerInnen
10. Wahl der zwei Delegierten für die Bundeskonferenz der SPDqueer
11. Wahl der/des Vertreterin/s im Bundesausschuss der SPDqueer
12. Antragsberatung
13. Schlusswort der/des Vorsitzenden

TERMINE



CHEMNITZ

Samstag, 28. April, 10 Uhr

Ordentlicher Parteitag SPD Chemnitz, DGB-Gewerkschaftshaus, Jägerstraße 5

LEIPZIG

Samstag, 5. Mai 2018, 14:30 - 18:30 Uhr

Neumitgliedertag der SPD Sachsen. Mit Martin Dulig, Daniela Kolbe, dem Küchentisch und vielen interessanten Workshops
Ort: Helmholtz-Zentrum Leipzig,

IMPRESSUM

Informationen der SPD Sachsen
Könneritzstraße 3, 01067 Dresden
Redaktion: Julian Hoffmann, Rasha Nasr, Sonja Molina
Satz/Layout: Julian Hoffmann
Bilder: Julian Hoffmann
V.i.S.d.P.: Jens Wittig, Tel.: 0351/433 560
E-Mail: lv-sachsen@spd.de
Redaktionsschluss: 12. April 2018